



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn**

**Hamann, Heinz**

**[Paderborn], 1965**

Zur bevölkerungsökonomischen Grundsatzfrage des  
Landes-Raum-Problems

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8148**

Zur bevölkerungsökonomischen Grundsatzfrage

des Landes - R a u m - Problems.

Seitdem unter dem Begriff "Bevölkerungspolitik", der in unserer mehr oder weniger bewältigten Vergangenheit über Gebühr strapaziert worden ist, unter dem Einfluß weiter Kreise mehr Maßnahmen zur Verhinderung als zur Vermehrung des Volkswachstums verstanden werden, ist es an der Zeit, in einem freien Industriestaat sich mit dem Problem der "B e v ö l k e r u n g s ö k o n o m i k" zu befassen.

Es kann kaum zweifelhaft sein, worauf es ankommt. Entweder wird den noch zügig wachsenden Bevölkerungsmassen in den kommunistischen und noch nicht kommunistischen Ländern das Feld zur freien Betätigung überlassen, in dem der Westen resigniert oder kapituliert, oder die unter Arbeitskräftemangel leidenden Industriestaaten, die Wert darauf legen, daß in ihren Räumen zukünftig die westliche Kultur erhalten bleibt, bemühen sich aktiv darum, sich in bevölkerungsökonomischer Weise konstruktiv zu verhalten.

Angesichts der gewaltigen Anforderungen, die beim Aufstieg und Ausbau noch unerschlossener Räume an die Industriestaaten gestellt werden, kann es nicht und niemals fraglich sein, wie wichtig es ist, daß

1. die vorhandenen Probleme mit der gegebenen Bevölkerungszahl gemeistert werden,
2. die Stagnation in der Vermehrung der industriestaatlichen Bevölkerung grundlegend überwunden wird.

Für Nordrhein-Westfalen liegt bevölkerungsökonomisch schon deswegen eine besonders vordringliche Aufgabe vor, weil nicht mehr mit ähnlichen Zuwanderungen gerechnet werden darf, wie sie in den letzten 20 Jahren mit über 3 Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten einmal zu verzeichnen war. Es kommt jetzt darauf an, Kräfte zu sparen, Kräfte zu mobilisieren und Kräfte sinnvoll einzusetzen.

B e v ö l k e r u n g s ö k o n o m i k erfordert also, daß landespolitische Maßnahmen bewußt auf die Gesunderhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung ausgerichtet werden. Dabei darf nicht übersehen werden, daß wir uns im Stadium einer bedenklichen Überalterung befinden, weil die Jahrgänge unter 15 Jahren im Verhältnis zu denen über 65 schwach ausfallen. Es wäre daher wohl zu erwägen,

auch die Leistungsreserven der Menschen produktiv einzusetzen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben. Dabei wäre zu erwägen, den Begriff der "Pensionsreife" auch im öffentlichen Dienst einer gewissen Revision zu unterziehen.

Sehen wir hier von der Anführung rein medizinischer Fragen oder einer Erörterung der Krankenversorgungsprobleme ab und beschränken wir uns auf den S a c h z u s a m m e n h a n g der Gesunderhaltung und Raumnutzung, der aus unserer Sicht der Bevölkerungsökonomik zwangslos hervorgeht, so wäre zu beachten:

Dank langwieriger aber zunehmend erfolgreicher Bemühungen sowie verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern ist das Problem der Urlaubsgewährung seiner Lösung allmählich näher gebracht worden. Die Frage des verlängerten Wochenendes, bei dem zwei volle freie Tage zur Verfügung stehen, ist in hoffentlich naher Zukunft zu bereinigen, wozu allerdings gehört, daß auch die Schulen dem Beispiel der Wirtschaft und Verwaltungen folgen. Solange der Unterricht in den Schulen auch an Sonnabenden fortgeführt wird, entfällt für die Eltern schulpflichtiger Kinder eine Möglichkeit, das volle Wochenende in vernünftiger Weise zu nutzen.

Damit nähern wir uns der Frage der F r e i z e i t g e s t a l t u n g. Folgen wir gewissen Verlautbarungen in der Presse, so sieht es so aus, als ob die Freizeit beseitigt werden müßte, weil viele Menschen damit noch nicht umzugehen verstehen. Fragen wir wegen der Bedeutung des Problems exakt, inwieweit seitens der Obrigkeit etwas getan worden ist, um in dieser Sache eine positive Nutzung der gesundheitsfördernden Möglichkeiten durchzusetzen, so stoßen wir auf ein Vakuum. Zweifellos wird niemand bestreiten wollen, daß die Stadtmenschen des Industrie- raumes nichts besseres tun können, als das freie Wochenende fern von den Arbeitsstätten in landschaftlich schöner und ruhiger, gesunder Umgebung zu verbringen. Nur wenn die Freizeit wirklich dazu dient, daß eine körperliche Erholung, geistige Entspannung und echte Kräftesammlung durchgeführt werden kann, vermag sie den Zweck zu erfüllen, den das verlängerte Wochenende haben kann. Was hilft es schon, wenn der Luftverschmutzung auf dem Verordnungswege entgegengetreten wird. Es ist zwar zu begrüßen, daß zukünftig weniger Ruß in die Luft geblasen werden

soll, aber gegen die Verunreinigung der Luft mit Staub und Schwefelwasserstoff usw. bestehen bisher nur sehr geringe Chancen einer Verbesserung der Verhältnisse.

Ist es nicht an der Zeit, daß die Landesregierung die Frage einer gesünderen Freizeitgestaltung als eine politische Frage ansieht und behandelt?

Natürlich geht es hier nicht darum, die persönliche Freiheit des einzelnen in der Nutzung seiner freien Zeit anzutasten. Unsere Aufgabe kann es nur sein, die Bedeutung herauszustellen, welche eine volle Nutzung der Erholungsmöglichkeiten in dem sogenannten Landesrückstandsgebiet von Ostwestfalen gewinnen kann.

Es kann nicht davon abgesehen werden, begründete Bedenken gegenüber einer gewissen Ausdehnung der Auslandsreisen breiter Bevölkerungsschichten in den Sommermonaten anzumelden. Für die Reisebüros mag die Invasion deutscher Bevölkerungsmassen in die südlichen Länder eine lukrative Angelegenheit sein. Überzeugt man sich aber davon, wie sich Italienrückkehrer verhalten, die im Juli einige Wochen an der schönen blauen Adria verbracht haben, so wird ein Eindruck gewonnen, der durchaus nicht davon überzeugen kann, daß die Sommerbesucher Italiens "erholt" zurückgekommen sind. Das ist durchaus nicht verwunderlich. Wer nach des Jahres Last und Mühe sommertags nach Italien, Spanien oder Tunesien pilgert, kann dort wohl Bademöglichkeiten, aber keine körperliche Entspannung finden. In dem heißen Klima, das die Sommermonate im schönen Süden aufweisen, fehlt jeder Anreiz zu mäßiger körperlicher Bewegung, wie sie im deutschen Waldklima zur Wohltat wird, wo sie den Menschen dazu veranlaßt, seine Lungen mit reiner Luft zu füllen und mehr oder weniger automatisch eine Lungenreinigungskur durchzuführen, die dem gesamten Kreislaufvorgang so außerordentlich wohl tut. Was dem Südreisenden an Entspannung und gesundheitlicher Überholung verloren geht, kann kein Prestigegewinn, im Ausland gewesen zu sein, ersetzen.

#### Und die Erholungsmöglichkeiten in Ostwestfalen?

Von der Gesamtfläche des Landes nimmt der von uns ausgewiesene Ostwestfalenraum 35 % ein. Wir finden aber hier in Ostwestfalen 53.000 oder 42 % der insgesamt 124.638 Fremdenbetten, über die das Land verfügt. Allein schon dieser Fremdenbettenanteil weist darauf hin, daß es sich bei Ostwestfalen um ein landschaftlich besonderes anziehendes Gebiet handelt. Wenn wir der Statistik folgend feststellen, daß in den

Sanatorien Ostwestfalens die Fremdenbetten im Sommer durchschnittlich zu mehr als 90 % und im Winter zu 80 % belegt sind, so zeigt sich, daß Leute, die es sich leisten können, wohl wissen, wohin sie zu gehen haben, wenn es zur Wiederherstellung der Gesundheit erforderlich ist, unter ärztlicher Kontrolle nun eine Freizeit zu absolvieren.

Sollte nicht aus dieser Situation eine landespolitische Konsequenz gezogen werden? Um in dieser Frage eine Antwort geben zu können, haben wir für die Räume des Landes jeweils ermittelt, wie groß die organisch belebten Flächen - landwirtschaftliche Nutzflächen und Waldflächen - insgesamt sind. Diese Flächenermittlungen wurden mit den Bevölkerungszahlen in Beziehung gesetzt um einmal festzustellen, inwieweit Ostwestfalen geeignet erscheint, einer größeren Zahl von Menschen als Erholungsraum zu dienen.

4. Übersicht. Es entfallen ..... Einwohner auf

Raum	: 100 ha Ges.Fläche	: 100 ha ldw.Nfl.	: 100 ha org.bel.Fl.
Düsseldorf	: 1003	: 1.800	: 1.540
Köln	: 562	: 1.160	: 770
Aachen	: 313	: 600	: 410
Münster	: 318	: 485	: 390
Detmold	: 255	: 414	: 300
Arnsberg	: 478	: 1.218	: 600
Ostwestfalen:	219	423	260
-----			
Bielefeld, Herf.	888	1.520	1.380
Detm., Lemgo	: 239	: 438	: 295
-----			
Halle, Minden			
Lübb. Wiedbr.:	244	365	310
Nordraum	: 330	: 580	: 466
-----			
Büren	: 77	: 127	: 87
Höxter	: 134	: 238	: 159
Paderborn	: 223	: 388	: 264
Warburg	: 86	: 130	: 92
Zentralraum	: 124	: 208	: 142
-----			
Arnsberg	: 198	: 641	: 208
Brilon	: 96	: 257	: 109
Meschede	: 101	: 263	: 109
Olpe	: 161	: 540	: 178
Siegen	: 279	: 1.682	: 370
Wittgenst.	: 90	: 320	: 99
Südraum	: 153	: 466	: 200
-----			
Lippstadt	: 195	: 282	: 232
Soest	: 201	: 290	: 242
Beckum	: 234	: 315	: 260
Westraum	: 212	: 298	: 250
-----			

1. Lassen wir die Stadt- und Landkreise Bielefeld und Herford, die nach ihrer Bevölkerungsdichte, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur sowie nach der Verhaltensweise der Bevölkerung aus dem sonst relativ homogenen Ostwestfalenraum herausfallen und damit fast fremdkörperhaft wirken, aus der sich anbietenden Schlußfolgerung heraus, so ergibt sich:

In agrarischer Beziehung ist der Nordraum mit seinen ländlichen Kreisen in soweit ausgeglichen, als seine Agrarproduktion für die Deckung des gebietseigenen Nahrungsgüterbedarfs in etwa ausreicht. Vom gesamten restlichen Ostwestfalen ist das Kerngebiet mit Zentralraum um Paderborn ferner Brilon, Meschede und Westraum ein echtes Nahrungsmittelüberschußgebiet. Nahrungsmittelüberschuß und überdurchschnittlicher Anteil von familiärgebundenen Erwerbspersonen an der Erwerbspersonengesamtzahl deutet auf eine räumliche Spezialform hin.

Damit steht fest: Fast 335.000 ha landw. Nutzfläche, die dieses Kerngebiet umfaßt, das damit 52 % der landw. Nutzfläche von Ostwestfalen einnimmt, die als marktfernster Agrarraum des Landes zu bezeichnen sind, sind zugleich der geschlossene Landesteil mit einem Höchstanteil von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

2. Bei der Verteilung des organisch-belebten Raumes zeigt die Übersicht: Abgesehen von Bielefeld / Herford, wo wiederum der Fremdgebietscharakter deutlich wird, ist von Ostwestfalen der Paderborner Zentralraum nebst dem Südraum, wo wir 334.000 ha Wald = fast 50 % der gesamten Landeswaldfläche finden, dadurch eindeutig charakterisiert, daß hier durchschnittlich weniger als 2 Menschen je ha organisch-belebter Fläche wohnhaft sind, daß es sich also um ein ausgesprochenes Erholungsgebiet handelt.

Bevölkerungsökonomisch und raumpolitisch gesehen dürfte festzuhalten sein: In seiner Gesamtheit und im Vergleich mit dem Restteil von Nordrhein-Westfalen, also mit den restlichen 65 % des Landes, die insgesamt als I n d u s t r i e r a u m charakterisiert werden können, präsentiert sich Ostwestfalen als Erholungsraum. Hier nun wirkt der Kernraum mit dem riesigen geschlossenen Waldgebiet gewissermaßen als Lunge des Landes. Zusätzlich finden wir in diesem Gebiet in einer geschlossenen Lage die größte Konzentration selbständiger Unternehmer mit ihren Familienangehörigen. Fast 30 % der Erwerbspersonenzahl entfallen auf rd. 60.000 Selbständigen-Familien.

Damit umfaßt der ostwestfälische Kernraum um das Kulturzentrum Paderborn zugleich den Konzentrationsraum mittelständischer Unternehmerfamilien.

Und die Konsequenzen für die Landespolitik?

Es geht darum, den ostwestfälischen Kernraum für die Landesgesundheitspolitik nutzbar zu machen.

Dazu ist erforderlich ein medizinisches Forschungszentrum mit besonderer Betonung der physikalischen Medizin und Klärung der einschlägigen balneologischen Probleme.

Während das Land Hessen sich in Gießen eines derartigen medizinischen Forschungszentrums erfreut, fehlt in Nordrhein-Westfalen bislang eine derartige Einrichtung. Daß sie bei objektiver Problemschau nicht in Düsseldorf oder Bochum standortgerecht untergebracht werden kann sondern in das Zentrum Paderborn und damit für den Erholungsraum des Landes zentral gelegen eingerichtet werden sollte, bedarf keiner weiteren Beweisführung.

Ferner ist hier erwünscht ein klimatologisches Forschungszentrum mit der Spezialaufgabe, zwischen Hamburg, Hannover und Essen die besonderen Klimaverhältnisse und Klima- Raumbeziehungen im waldbesetzten Mittelgebirge hinsichtlich einer wirtschaftlichen Nutzbarmachung zu beobachten und aufzuhellen.

Schließlich ist ein ernährungsphysiologisches Forschungszentrum in diesem Raum unentbehrlich. Es geht darum, den gesundheitspolitisch so wichtigen Fragenkreis des Zusammenwirkens von Höhenlage, Klimabedingungen und Ernährungsweise zu ermitteln und seine Gesamtwirkung auf den Gesundheitszustand sowie die Verhaltensweise der Bevölkerung aufzuklären, um daraus grundlegende Erkenntnisse für den Einsatz Ostwestfalens als Erholungsgebiet zu Gunsten der "R e v i e r m ü d e n" am bestgeeigneten Standort zu gewinnen.

Indem so Möglichkeiten zu nutzen sind, um mit einer ökonomischen Leistungsstärkung der Menschen einem allzu frühzeitigen Verschleiß wertvoller Volkssubstanz und Arbeitskraft entgegenwirken zu können, darf das Problem der Gefahr des Geburtenschwundes, des Volksabsterbens nicht länger unbeachtet bleiben.

Wir verfügen in Nordrhein-Westfalen über eine Bevölkerung, die überdurchschnittlich technisch versiert ist, und gegenüber anderen Ländern besitzen wir eine Vielzahl von Bildungsstätten. Fassen wir diese beiden Faktoren zusammen, so verfügt das Land damit über einen wertvollen Faktor, um im Existenzkampf mit anderen Nationen, der auf der friedlichen Ebene des Wettstreits auszutragen ist, im vollen Umfange bestehen zu können.

Wirklichkeitsnah gesehen geht es für die Landespolitik darum, im Bereich der Familienpolitik eine gezielte Aktivität zu entwickeln. Dabei ist zu erwähnen, daß die bisherigen steuerpolitischen Maßnahmen und Zuschußaktionen nicht durchschlagend zu wirken vermögen. Soll von dieser Seite her eine größere Wirkung ausgelöst werden, so müßten Kindergeldzuschläge usw. bei Landes- und Kommunalbediensteten außer Ansatz bleiben bei der Berechnung der Lohnsteuer und in einer Höhe gewährt werden, die dem echten Aufwand wirklichkeitsnäher ist, als gegenwärtig. In dem Zusammenhang gilt es zu erkennen, welche Bevölkerungskreise und welche Motive sich herauskristallisieren, wenn untersucht wird, unter welchen Bedingungen überdurchschnittliche Kinderzahlen in den Ehen vorhanden sind.

Übersicht 5. Überdurchschnittliche Kinderzahlen je Ehe

bezogen auf den Bundesdurchschnitt einschl. Westberlin = 100 zeigen; Gemeinden bestimmter Größenklassen, bestimmte Berufsgruppen und Gehaltsstufen.

Gemeinden	Selbständige	Arbeiter	sonst. Arbeitnehmer
- 2000	Einw. = 125	: insges. 113	: insges. 100 : - 600 DM / Monat
2 - 10.000	" = 109	: <u>Landw. 142</u>	: <u>Landw. 127</u> : Beamte = 88
10 - 50.000	" = 98	: <u>übrige 96</u>	: <u>übrige 100</u> : Angest. = 79
50 - 200.000	" = 92	:	: Arbeiter = 97
üb. 200.000	" = 81	:	:
<u>und weiter sonstige Arbeitnehmer außerhalb d. Land- u. Forstwirtschaft</u>			
<u>600 - 800 DM/Monat</u>	:	<u>800 - 1200 DM/Monat</u>	:
<u>1200 und mehr DM/Monat</u>	:	:	:
Beamte = 96	:	= 103	:
Angestellte = 84	:	= 89	:
Arbeiter = 104	:	= 108	:
			: entfällt

Diese Übersicht vermittelt A u f s c h l ü s s e:

Um so sicherer die Existenzgrundlage einer Familie ist, und um so ausreichender dabei das Einkommen seitens der Ehepartner auf Grund ihrer persönlichen Einstellung beurteilt wird, um so mehr zeigt sich die Tendenz zu wachsender Kinderzahl je Ehe.

Es ist also durchaus sinnvoll, von einer Bevölkerungsökonomik zu sprechen. Es ist außerdem sinnvoll, davon auszugehen, daß bei den bestehenden Verhältnissen und den Bewertungsmethoden der Existenzgrundlagen eine gesunde Bevölkerungsentwicklung zu erwarten ist. Soweit und solange die Ehepartner sich ihrer Verantwortung bewußt sind und in unserer ökonomisch ausgerichteten Welt dementsprechend handeln, wird im großen Durchschnitt Kinderreichtum vornehmlich in vorwärtsstrebenden und vorwärtskommenden Familien überwiegen. Daher besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit der Auffassung, daß eine allmähliche biologische Aufartung der Bevölkerung eintreten wird.

Landespolitisch ist es nunmehr bedeutsam, Klarheit über die Bedeutung der einzelnen Räume und der Raumstrukturen für die Geburtenleistungen zu gewinnen. Zweifellos wird Ostwestfalen nicht einheitlich zu behandeln sein. Sofern der Großstadtcharakter soweit hervortritt wie es im Bielefelder Gebiet augenscheinlich der Fall ist, und bestimmend auf die Bevölkerungsstruktur einwirkt, nimmt nämlich, wie es die Statistik des Landes zeigt, die Zahl der Einpersonenhaushalte einen erheblichen Anteil ein. Das Gebiet Bielefeld / Herford entspricht genau dem Landesmittel, daß dadurch ausgezeichnet ist, daß 19 % aller Privathaushalte nur 1 Person umfassen.

Familienpolitisch sind derartige Verhältnisse nur zu bedauern. Wichtig dagegen und für Landesmaßnahmen von Bedeutung sind größere oder kleinere Räume, in denen die Anzahl der Haushaltungen mit mehr als 5 Personen möglichst weit über den Landesdurchschnitt hinausgehen.

Um bei der Beurteilung der einzelnen Gebiete zu einem möglichst gesicherten Bild kommen zu können, werden verglichen die Werte der Geburtenüberschüsse auf je 1000 Einwohner. Gegenübergestellt werden jeweils die Prozentzahlen, welche den Anteil der Privathaushalte mit mehr als 5 Personen an der Gesamtzahl der Privathaushalte anführen. Außerdem vergleichen wir den Anteil, den die Selbständigen und mitarbeitenden Familienangehörigen an den Erwerbspersonen einnehmen.

Übersicht 6.

R a u m	: Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner	Privathaushalte m. mehr als 5 Pers. %	Selbst.u.Fam.Ange.in% d. Erwerbspersonen
Land	: 6,9 = 100	: 13 = 100	: 15,2 = 100
Düsseld.	: 5,5 = 80	: 10 = 77	: 12,2 = 80
Köln	: 6,5 = 95	: 11 = 85	: 15,2 = 100
Aachen	: 7,4 = 107	: 14 = 108	: 18,9 = 124
Münster	: 10,7 = 155	: 19 = 146	: 17,7 = 116
Detmold	: 7,3 = 106	: 16 = 123	: 23,2 = 152
Arnsberg	: 6,6 = 96	: 13 = 100	: 13,5 = 89
Ostwestfl.:	8,2 = 119	: 18 = 138	: 23,2 = 152
-----			
Std.Bielef.	1,4 = 20		
" Herfd.	4,4 = 64		
Bielefeld & Herf.Std.Ld.	4,1 = 59	: 11 = 85	: 14,7 = 96
Detm.Lemgo	: 6,1 = 88	: 12 = 92	: 26,1 = 170
Halle,Lübb. Minden,Wdb.:	8,5 = 123	: 19 = 146	: 26,0 = 170
Nordraum	: 5,8 = 83	: 14 = 108	: 21,4 = 141
-----			
Büren	: 11,8 = 171	: 33 = 254	: 41,2 = 271
Höxter	: 9,4 = 136	: 23 = 177	: 32,2 = 212
Paderborn	: 11,2 = 162	: 21 = 161	: 22,1 = 145
Warburg	: 7,6 = 109	: 29 = 223	: 47,0 = 309
Zentralraum:	10,6 = 154	: 25 = 192	: 32,0 = 213
-----			
Arnsberg	: 11,6 = 168	: 21 = 161	: 18,5 = 122
Brilon	: 9,7 = 140	: 25 = 192	: 36,4 = 240
Meschede	: 12,2 = 177	: 29 = 223	: 28,0 = 184
Olpe	: 14,3 = 207	: 27 = 208	: 22,9 = 151
Siegen	: 11,6 = 168	: 18 = 138	: 18,2 = 120
Wittgenst.	: 10,5 = 152	: 29 = 223	: 36,9 = 243
Südraum	: 11,4 = 165	: 23 = 177	: 24,0 = 158
-----			
Lippstadt	: 9,9 = 143	: 21 = 162	: 22,9 = 151
Soest	: 7,3 = 106	: 24 = 184	: 22,9 = 151
Beckum	: 12,3 = 178	: 21 = 162	: 20,8 = 137
Westraum	: 10,3 = 149	: 21 = 162	: 22,3 = 147
-----			

Nun zeigt sich eindeutig, was zu vermuten war:

Das Kerngebiet Ostwestfalens  
mit dem Paderborner Zentralraum  
und dem Arnsberg-Briloner Südraum  
und dem Lippstadt-Beckumer Westraum

übertrifft im Geburtenüberschuß mit 158 % des Landesmittels sogar  
noch das diesbezüglich schon auffallende Münsterland.

Beachtenswert ist darüberhinaus die weitgehende Parallelität  
zwischen den Relativwerten des Geburtenüberschusses und der Privat-  
haushalte von mehr als 5 Personen sowie auch teilweise mit denen des  
Anteils der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen an der  
Erwerbspersonenzahl.

Aus der Tatsache, daß in einzelnen Teilräumen der Anteil der Selbstän-  
digen und mithelfenden Familienangehörigen an der Erwerbspersonenzahl  
über das Landesmittel wesentlich stärker hinausgeht, als der Geburten-  
überschuß des betreffenden Gebietes das Landesmittel übertrifft, spricht  
nicht gegen die vorstehende Erkenntnis, sondern besagt:

Wo immer relativ viel größere Privathaushalte vorhanden sind und ein  
weit überdurchschnittlicher Prozentsatz an selbständigen Unternehmer-  
familien vorliegt, während der Geburtenüberschuß das Landesmittel  
nicht sehr erheblich übersteigt, besteht eine Situation, die von einer  
Vielzahl Familien als nicht krisensicher angesehen wird. Hier also ist  
ein wesentlicher Ansatzpunkt für landespolitische Aktivität gegeben.

Zu diesen Feststellungen gehört eine Bezugnahme zur Bevölkerungsdichte  
und zum Bevölkerungsbesatz je 100 ha land- und forstwirtschaftlicher  
Nutzfläche, Wenn wir die Besatzfrage anhand der Übersicht 4) in Ver-  
gleich stellen mit den Geburtenüberschußwerten der Übersicht 6) so  
können wir unschwer erkennen:

Hoher und zunehmender Geburtenüberschuß sowie hoher und zunehmender  
Anteil von stark besetzten Privathaushaltungen gehen parallel mit  
geringer oder abnehmender Zahl von Bewohnern je 100 ha landwirtschaft-  
licher und forstwirtschaftlicher Nutzfläche.

d.h. Wir haben es im Kerngebiet Ostwestfalens mit einem Raum zu tun, in dem ein beachtlicher Bevölkerungsanteil noch bodenverbundener B  
tätigung nachgeht.

Damit besteht für diesen Bevölkerungsanteil eine wesentliche Voraus-  
setzung dafür, die Existenzgrundlage der Familie als gesichert anzusehen.  
Wo die Familien sich ihrer Auffassung nach in einer existenzgesicherten  
Position befinden, erkennen wir eine biologisch nur als gesund zu be-  
zeichnende und der christlichen Grundhaltung entsprechende eheliche  
Verhaltensweise.

Für die Landespolitik kommt es darauf an, aus diesen getroffenen Fest-  
stellungen zu erkennen, in welcher Weise zu verfahren ist, um die sich  
abzeichnenden raumbezogenen Möglichkeiten einer Sicherung lokaler  
Bevölkerungsvermehrung auch für die Zukunft in vollem Umfange aufrecht  
zu erhalten und nach Möglichkeit zu verstärken. Voran steht die Frage:

Wie ist raumpolitisch zu verfahren, um vor allem im Kerngebiet  
Ostwestfalens den ökonomischen Arbeitseffekt zu verbessern, ohne den  
bevölkerungsökonomischen Nutzeffekt zu verringern?

Angesichts des eingeleiteten Prozesses europäischer Wirtschaftsent-  
wicklung, der sich für die Bundesrepublik im Rahmen der EWG-Entschei-  
dungen vollzieht, entfallen Möglichkeiten durch Erhöhungen der Preise  
für Erzeugnisse des Landbaues von den Verbrauchern materielle Opfer  
zu Gunsten der ländlichen Gebiete und Bevölkerungen zu fordern.

Nach wie vor bleibt es ein dringendes Gebot der Wirtschaftspolitik,  
in unserer Zeit sparsam vorzugehen, um Entwicklungskapitalien gewinnen  
zu können, mit deren zweckmäßigen Einsatz für unsere Jugend eine wirt-  
schaftlich und politisch gesicherte Zukunft angestrebt werden muß.

Ist also das "Maßhalten" nirgendwo wichtiger als in der Preisgebarung  
für alle Güter, so sind die traditionellen wirtschaftspolitischen Mittel  
nicht mehr verfügbar, um in Ostwestfalen von der Agrarpreisseite her  
Einkommensparitäten zu manipulieren.

Versagt damit vor dem Problem jede Theorie?

Kommt es darauf an, zu experimentieren, weil ein Konstruieren nicht  
mehr möglich erscheint?

Angesichts der unleugbaren Schlüsselstellung, welche einer zukunfts-trächtigen, fruchtbaren Lösung des Ostwestfalenproblems zukommen dürfte, kann es nicht fehl am Platze sein, wenn in diesem Zusammenhang theo-retisch untersucht wird, was r a u m p o l i t i s c h zweckdienlich, was aber vor allem landes-bevölkerungsökonomisch aus der besonderen Position von Nordrhein-Westfalen letztlich vorrangig erforderlich zu sein scheint. Nachdem nicht mehr übersehen werden kann, daß es be-rechtigt ist, für Ostwestfalen eine raumspezifische Sonderbehandlung vorzusehen, weil es als Erholungsraum für das Land angesprochen werden kann, ist

ein Ansatzpunkt für die Raumpolitik

zu erkennen. Es ist evident, daß mit den Stegreifmitteln üblicher Wirtschaftsstrukturwandlung sogenannter Agrargebiete in Ostwestfalen offenbar k e i n e befriedigende Lösung angestrebt werden kann. Mit genereller industriewirtschaftlicher Durchdringung der G e s u n d u n g s r ä u m e kann ebensowenig eine gute Lösung er-wartet werden, wie von einer radikalen Verfolgung Mansholt'scher Entvölkerungsplanungen in unseren Agrargebieten.

Bevölkerungsökonomisch kann das Land nicht darauf verzichten, Ost-westfalen in eine zielbewußte Landesgesundheitsführung voll einzuplanen.

Bevölkerungsökonomisch ist es aber auch für das Land bedeutungsvoll, seinen geburtenleistungsfähigsten Raum so in seiner wirtschaftlichen Produktivität zu fördern, daß einer wachsenden Zahl von Familien eine zunehmende Sicherung der Existenz gewährt wird.

So zeichnet sich in der Landespolitik ein

G r u n d s a t z p r o b l e m

ab, das kaum anders bezeichnet werden kann, als

O s t w e s t f a l e n s L e i s t u n g s e n t f a l t u n g !

Dazu wird gehören:

Verbesserung des arbeitsökonomischen Nutzeffektes

Nutzbarmachung des Raumes für die Steigerung des bevölkerungsökono-mischen Landesnutzeffektes.

Hinzu treten die Fragen nach den Möglichkeiten durch konstruktive Maßnahmen ordnenden Handelns die sozialwirtschaftlichen Fragen der bestmöglichen Lösung entgegenzuführen.